



# Interviews

Datum: 4. Dezember 2023

Sven-Christian Kindler, Bündnis 90/Die Grünen im Gespräch mit Dirk Müller

**Dirk Müller:** Wie sollen sie kompensiert werden, die 17 Milliarden Euro, die konkret fehlen werden im kommenden Jahr nach dem Schuldengrenzen-Urteil von Karlsruhe? Eine Ohrfeige mit schmerzhaften Nachwirkungen für die Ampelkoalition, aber damit eben auch für die Bürger. Welche Sozialleistungen werden gekürzt? Welche Klimaschutzmilliarden werden geopfert werden müssen? Olaf Scholz hat extra seinen Aufenthalt in Dubai verkürzt, weil daheim die Haushaltsskrise wütet. Marathon-Beratungen also und Diskussionen hinter verschlossenen Türen an diesem Wochenende. Was ist dabei herausgekommen, beim koalitionsinternen Ringen, um aus diesem Haushaltsnotstand herauszukommen? Im Interview sind wir nun verabredet mit Sven-Christian Kindler, haushaltspolitischer Sprecher der Grünen-Bundestagsfraktion, einen schönen guten Morgen.

**Sven-Christian Kindler:** Schönen guten Morgen, Herr Müller.

**Müller:** Was ist Ihr Stand jetzt?

**Kindler:** Mein Stand ist, dass die Bundesregierung weiter intern das Urteil prüft und darüber diskutiert, wie es genau konkret umgesetzt werden kann, damit wir zügig den Haushalt 2024 beschließen können, aber auch mit der notwendigen Sorgfalt das Urteil jetzt umsetzen kann, was ja erhebliche Konsequenzen hat, nicht nur für den Bundeshaushalt 2024, sondern auch für die Länderhaushalte. Also, gucken Sie sich an, Schleswig-Holstein hat für 2023/2024 die Notlage erklärt unter CDU-Ministerpräsident Daniel Günther. Reiner Haseloff wird für 2023 und 2024 auch die Notlage erklären, auch CDU-Ministerpräsident. Also, es ist keine Frage nur des Bundeshaushutes, sondern auch eine Frage von Länderhaushalten, auch von CDU-geführten Ländern.

**Müller:** Sie sagen, die Regierung berät. Sind die Parlamentarier, sind Sie als haushaltspolitischer Sprecher der Grünen-Fraktion nicht beteiligt?

**Kindler:** Natürlich sind wir auch beteiligt. Wir sind in den internen Abstimmungen, sowohl mit der Bundesregierung als auch bei den Grünen intern sind wir eng natürlich auch dort mitberatend. Und am Ende ist klar, die Regierung berät jetzt über Vorschläge, die sie dem Parlament machen wird, aber am Ende ist das Parlament der Haushaltsgesetzgeber. Gleichzeitig ist klar, dass so eine zentrale Frage natürlich auch Teil der Diskussion der Regierungsspitzen ist.

**Müller:** Welchen Sparvorschlag haben Sie?

**Kindler:** Aus unserer Sicht sollten wir jetzt die klimaschädlichen Subventionen abbauen. Wann, wenn nicht jetzt? Da sind Milliarden zu holen. Das sind Subventionen, von denen vor allen Dingen Menschen mit hohen Einkommen profitieren, für klimaschädliches Verhalten – Vorteil: wir hätten ne dreifache Dividende, die wir da abbauen, nämlich für den Haushalt, aber auch für fairen Wettbewerb.

**Müller:** Was ist das denn, klimaschädliche Investitionen beziehungsweise Subventionen?

**Kindler:** Subventionen.

**Müller:** Sagen Sie uns ein Beispiel, was Sie besonders stört.

**Kindler:** Zum Beispiel schwere Dienstwagen. Also, wir haben eine Subventionierung... In europäischen Ländern ist das anders, aber in Deutschland gibt es einfach hohe Subventionen, die für zum Beispiel Anschaffung von Dienstwagen gezahlt werden, auch wenn sie besonders klimaschädlich sind, besonders viel CO2 verbrauchen, besonders viel Benzin oder Diesel verbrauchen. Davon profitieren vor allen Dingen Menschen mit sehr hohen Einkommen. Und das würden wir zum Beispiel gerne abbauen.

**Müller:** Also, jeder, der einen Dienstwagen hat, hat ein hohes Einkommen? Sagen Sie das?

**Kindler:** Nein, nicht jeder, der einen Dienstwagen hat, aber vor allen Dingen Menschen, die einen Dienstwagen haben, haben meistens ein hohes Einkommen. Und wir würden da eine Kappungsgrenze machen, also vor allen Dingen Menschen mit kleinen, mittleren Einkommen würden sich weiterhin auch Dienstwagen anschaffen können, vor allen Dingen umweltfreundliche Dienstwagen und dafür auch noch weiterhin Vorteile bekommen, aber Menschen mit sehr hohen Einkommen und mit sehr hohen CO2-Emissionen nicht mehr.

**Müller:** Wo fängt das an, hohes Einkommen? Können Sie uns da eine Marge nennen?

**Kindler:** Eine Marge nennen – na ja, aus unserer Sicht ist das zum Beispiel ab 100.000, 120.000 Jahresbruttoeinkommen.

**Müller:** Und dieser Dienstwagenfahrer, dieser Dienstwagenbesitzer soll demnächst dann mehr Steuern bezahlen? Er bezahlt aber jetzt schon relativ viele Steuern. Wie wollen Sie das miteinander kombinieren und in Einklang bringen?

**Kindler:** Es ist so, dass Menschen mit hohen Einkommen in Deutschland, wenn man sich die Gesamtbelaustung anguckt, nicht besonders viele Steuerabgaben zahlen, weil sie zum Beispiel bei den Sozialversicherungen privilegiert sind und eine Kappungsgrenze zum Beispiel haben und insgesamt vor allen Dingen Menschen in der Mittelschicht und mit kleinem Einkommen die größte Steuerlast haben.

**Müller:** Und das fällt Ihnen jetzt ein? Das stört Sie jetzt?

**Kindler:** Nein, das haben wir schon immer gefordert. Dass die schweren Dienstwagen umweltschädlich sind und vor allen Dingen Menschen mit hohen Einkommen privilegieren, das haben wir schon seit Jahren erzählt als Grüne. Das ist jetzt kein neuer

Vorschlag von uns, sondern ein Vorschlag, den wir wieder aktuell in die Debatte einbringen.

**Müller:** Wie werden die Dienstwagen der Minister und Ministerinnen abgerechnet?

**Kindler:** Die Dienstwagen der Ministerinnen und Minister?

**Müller:** Ja. Ich weiß es nicht. Ich frage Sie. Wissen Sie das?

**Kindler:** Die Dienstwagen der Ministerinnen und Minister orientieren sich natürlich auch an der aktuellen Regelung.

**Müller:** Profitieren also auch davon, von der Regelung?

**Kindler:** Meiner Kenntnis nach schon.

**Müller:** Sparvorschläge – weitere? Was haben Sie noch auf der Liste?

**Kindler:** Na, wir wollen zum Beispiel bei den klimaschädlichen Subventionen im Bereich der Flugindustrie auch Subventionen abbauen, die aus unserer Sicht auch schlecht sind für den internen, zum Beispiel für die Verkehrswende.

**Müller:** Was ist das? Kerosinsteuern?

**Kindler:** Das ist zum Beispiel die Inlandsbesteuerung von Kerosin, ja. Also, es wird zum Beispiel darum gehen, Inlandsflüge sind einfach deutlich privilegiert gegenüber zum Bahnreisen mit der Deutschen Bahn.

**Müller:** Ja. International eine Katastrophe, warnen die Fluggesellschaften, die da sagen: Dann sind wir nicht mehr wettbewerbsfähig. Was antworten Sie da?

**Kindler:** Na ja, dass die Fluggesellschaften generell weiterhin Subventionen erhalten wollen, das wundert mich ehrlich gesagt jetzt nicht. Dass wir wegen der Klimaschutzziele natürlich insgesamt deutlich besser werden müssen bei der Frage, wie wir irgendwie die Verkehrswende schaffen können und wie wir auch den Flugverkehr im Inland reduzieren, ist auch völlig klar. Wir haben ja gerade die internationale Klimakonferenz in Dubai, wo es auch darum geht, wie wir irgendwie die Klimakatastrophe verhindern können. Also, das heißt, es wird auch darum gehen, dass wir Subventionen abbauen, die bisher fossil sind. Und das ist zum Beispiel gerade im Bereich Flugindustrie der Fall.

**Müller:** Also, die Grünen wollen die Flüge teurer machen. Können wir so festhalten heute Morgen?

**Kindler:** Wir wollen, dass Inlandsflüge besser und fairer angepasst werden an die Realität der Klimakrise, ja, das ist der Fall, weil wir es uns am Ende nicht mehr leisten können, dass wir irgendwie in die Klimakatastrophe geraten.

**Müller:** Heißt das teurer machen?

**Kindler:** Inlandsflüge würden dadurch irgendwie leicht steigen, das ist richtig. Aber andererseits wollen Sie die Frage stellen, dass Inlandsflüge weiterhin subventioniert werden mit Steuergeldern? Das kann ja auch nicht der Fall sein. Also, es heißt, man muss einen fairen Preis zahlen in der Marktwirtschaft. Man kann nicht davon profitieren, dass man irgendwie geringere Besteuerung hat als zum Beispiel Deutsche Bahn, und dass man die Umwelt für lau verschmutzt. Das ist auch nicht irgendwie fairer Wettbewerb.

**Müller:** Herr Kindler, nächste Frage. Bürgergeldkürzungen. Die Union fordert das, aber auch Christian Lindner, auch die FDP. Wie stehen Sie dazu?

**Kindler:** Mit dem Bürgergeld haben wir für Millionen Menschen in Zeiten großer Unsicherheit und großer Unruhe Sicherheit und Perspektiven geschaffen. Und die Inflation lag bei Lebensmitteln in den letzten Monaten teils bei 20 Prozent. Und wir nehmen alle Urteile des Bundesverfassungsgerichtes ernst. Wir nehmen das Urteil zum Klimatransformationsfonds ernst. Wir nehmen das Urteil auch ernst zum Klimaschutz. Und wir nehmen das Urteil auch zum Bürgergeld ernst, zum soziokulturellen Existenzminium, dass das Bürgergeld existieren muss, auch in schwierigen Zeiten. Und deswegen wollen wir das Bürgergeld weiter so erhalten, wie es ist, weil es eben auch Perspektiven für viele Menschen schafft, die von Armut betroffen sind.

**Müller:** In dieser Höhe? 563 Euro – das wäre der neue Satz ab Januar. Kommt der? 12 Prozent Steigerung. Da kann man mit Ihnen nicht darüber reden, das aufzuschreiben oder vielleicht diesen Prozentsatz – die Inflation ist bei Weitem nicht mehr so hoch, als es bei der Annahme und Berechnung und Kalkulation des Bürgergeldes war – da noch einmal dranzugehen?

**Kindler:** Sie müssen sich ja die Inflation in den relevanten Bereichen anschauen, die vielen Menschen, die extrem wenig Geld haben und von Armut betroffen sind, sich anschauen. Und da ist zum Beispiel ... die Inflation bei Lebensmitteln lag in den letzten Monaten teils über 20 Prozent. Und diesen Teil müssen Sie sich eben anschauen. Und ich glaube, es macht jetzt wenig Sinn, darüber zu streiten, wie man Menschen, die besonders wenig haben, jetzt noch von denen irgendwie Geld wegnehmen will. Und ich will auch darauf hinweisen, das ist auch irgendwie bereits eine Schieflage in der Debatte zum Bürgergeld, dass Menschen im Bürgergeld arbeiten gehen müssen. Die müssen aufstocken, weil das Geld für die Familie nicht reicht. Und deswegen wäre es aus unserer Sicht auch eine Maßnahme, wenn sich die CDU darauf einlassen will, dass wir zum Beispiel den Mindestlohn auch anheben, also, denen es ja auch darum geht, dass Menschen mit kleinem Einkommen, die arbeiten gehen, noch mehr haben vom Arbeitslohn. Und das ist auch eine Maßnahme, die wir vorschlagen würden.

**Müller:** Das wird ja noch teurer. Dann würde Arbeit ja noch teurer werden in der Situation, wo kein Geld da ist.

**Kindler:** Nein. Das wäre ja volkswirtschaftlich sinnvoll. Es ist ja auch so, wenn man jetzt einen harten Sparkurs machen würde und zum Beispiel bei Sozialleistungen kürzen würde, das wäre Gift für die Binnenkonjunktur in einer schwierigen wirtschaftlichen Lage. Und deswegen ist es ... gerade Menschen mit kleinen Einkommen geben alles Geld wieder aus. Da würde der Wirtschaft Geld fehlen, wenn wir jetzt auch noch Sozialleistungen kürzen würden. Im Gegenteil wäre es sinnvoll, vor allen Dingen Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen in dieser schweren Krise, in Zeiten hoher Inflation, zu unterstützen. Deswegen halten wir sowohl sozialpolitisch als auch volkswirtschaftlich nichts davon, jetzt irgendwie Sozialkürzungen vorzunehmen.

**Müller:** Arbeit muss sich wieder lohnen, sagt die Union, sagt auch die FDP. Aber um das noch einmal festzuhalten, Herr Kindler, wenn ich Sie richtig verstanden habe, die 12 Prozent Steigerung, der Satz von 563 Euro ab Januar, ist in Stein gemeißelt? Da werden die Grünen keinen Deut beigeben?

**Kindler:** Wir halten Sozialkürzungen für falsch. Das haben Sie richtig verstanden. Und wenn sich Arbeit wieder lohnen soll, dann fordere ich die Parteien auf, die jetzt Sozialleistungen kürzen wollen, im Gegenteil sich zu überlegen, ob sie nicht den Mindestlohn auf ein angemessenes Niveau anheben wollen. Das wären zum Beispiel 60 Prozent, das, was als armutsrelevant gilt vom mittleren Einkommen. Das wären 2024 deutlich über 14 Euro. Das hat bisher die Union ja schon beim Mindestlohn von 12 Euro nicht mitgemacht.

**Müller:** Aber da gibt es ja eine Kommission, die das festlegt. Das machen Sie ja nicht.

**Kindler:** Es gibt eine Kommission, die das festlegt, die aber erstmalig sich jetzt nicht im Konsens entschieden hat, sondern mit der Stimme der Vorsitzenden auf Arbeitgeberseite einen Vorschlag durchgeboxt hat. Das halte ich ehrlich gesagt für falsch, wie die Mindestlohn-Kommission das gemacht hat. Und insgesamt sehen wir, dass der Mindestlohn jetzt auch deutlich zu gering ist. Deswegen schlagen wir eine Reform vor, dass man sich an 60 Prozent des mittleren Einkommens, des Median orientiert und deswegen den Mindestlohn erhöht. Und ich fordere die CDU auch auf, sich dieser Position anzuschließen.

**Müller:** Jetzt stopft das ja noch nicht das Haushaltsloch. Also, sparen könnte versuchen, dieses Loch in irgendeiner Form mit zu kompensieren oder man macht alles teurer oder bestimmte Dinge teurer. Sie haben das eben gesagt. Abbau der Subventionen, Steuerhöhungen.

**Kindler:** Nein, das stimmt nicht. Das sind Subventionen. Wenn man sich das anguckt, die OECD, der Internationale Währungsfonds, beurteilt natürlich auch Subventionen danach, ist alles ... haben wir eigentlich eine gleiche Wettbewerbssituation. Und wir haben beim Bahnverkehr mit dem Flugverkehr keine gleiche Wettbewerbssituation. Wir haben auch insgesamt im Automobilmarkt keine gleiche Wettbewerbssituation. Wenn ich bestimmte Steuern nicht erhebe für bestimmte Produkte, die Steuern erhoben werden müssen, das ist ja eine Subvention. Das sieht das Umweltbundesamt so und deswegen würde das Milliarden bringen, jetzt klimaschädliche Subventionen abzubauen.

**Müller:** Ich habe das nicht behauptet, dass das nicht so ist. Ich wollte sagen: Steuererhöhungen. Das kommt meistens von der SPD in Krisensituationen, ist auch jetzt wieder gekommen. Wird es mit den Grünen Steuererhöhungen geben, obwohl das im Koalitionsvertrag als Tabu galt?

**Kindler:** Der Koalitionsvertrag hat Steuererhöhungen nicht ausgeschlossen. Da muss man genau hinschauen.

**Müller:** Hat nicht ausgeschlossen?

**Kindler:** Nein, gucken Sie sich den Koalitionsvertrag an. Da sind keine Steuererhöhungen konkret beschrieben. Er hat sie aber auch nicht explizit ausgeschlossen. Und gleichzeitig wird über viele Vorschläge in der Regierung jetzt intern beraten. Und deswegen werden wir uns genau viele Vorschläge auch anschauen. Natürlich ist die Position der Grünen grundsätzlich, dass zum Beispiel die Steuern für sehr hohe Einkommen oder sehr hohe Vermögen in Deutschland zu gering sind. Viele Menschen der Mittelschicht mit kleinen Einkommen zahlen höhere Steuern als Menschen mit großem Vermögen und großen Einkommen.

**Müller:** Also, Sie plädieren jetzt als haushaltspolitischer Sprecher der Grünen im Bundestag für Steuererhöhungen in Deutschland?

**Kindler:** Grundsätzlich plädieren ... das ist Beschlusslage unserer Partei. Das ist jetzt nichts Neues, deswegen auch keine Überraschung, dass wir grundsätzlich finden, dass die Frage von einer höheren Vermögens- und Einkommensbesteuerung bei sehr hohen Einkommen, sehr hohem Vermögen natürlich weiter diskutiert werden muss. Nochmal: Die Regierung diskutiert jetzt intern über verschiedene Vorschläge, wie wir den Haushalt für 2024 aufstellen können. Aus unserer Sicht gehört vor allen Dingen dazu, dass wir die klimaschädlichen Subventionen abbauen, und dass wir die Schuldenbremse reformieren für Investitionen. Denn das wäre der wichtigste Schritt, den wir machen können. Viele CDU-Ministerpräsidenten haben sich dafür auch geöffnet. Reiner Haseloff, Kai Wegner, auch Michael Kretschmer, Hendrik Wüst haben sich für Gespräche offen gezeigt. Das begrüßen wir, dass die CDU-Ministerpräsidenten jetzt Bereitschaft zeigen, wie wir Investitionen auch über Kredite finanzieren können, so, wie es jedes große Unternehmen auch macht, weil sie wissen, dass es nachher Vermögen schafft und werthaltig ist. Ich glaube, das wäre der richtige Weg, darüber jetzt weiter auch zu diskutieren.

**Müller:** Bei uns heute Morgen im Deutschlandfunk, Sven-Christian Kindler, haushaltspolitischer Sprecher der Grünen-Fraktion im Deutschen Bundestag. Danke, dass Sie Zeit gefunden haben heute Morgen, Ihnen noch einen guten Tag.